Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

22. Sitzung
28. August 2023

Beginn: 09.34 Uhr
Schluss: 13.22 Uhr
Vorsitz: Frau Abg. Elif Eralp (LINKE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Für die Senatsverwaltung nehmen Herr Senator Gaebler (SBW) und Herr Staatssekretär Machulik (SenSBW) an der Sitzung teil.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Website des Abgeordnetenhauses übertragen und die Aufnahme nachträglich auf der Website der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt wird.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung nach Art. 44 Absatz 1, Satz 2 der Verfassung von Berlin öffentlich ist und stellt fest, dass die Presse nach § 4 Absatz 3 und Absatz 2, Satz 2 der Hausordnung der Präsidentin vom 17. März 2023 Bild- und Tonaufnahmen anfertigen darf.

Die Vorsitzende informiert den Ausschuss über das Ergebnis des Gutachtens des Wissenschaftlichen Parlamentsdienstes über die Zulässigkeit zum Führen einer quotierten Redeliste in den Ausschusssitzungen.

Der Antrag auf Vertagung des Tagesordnungspunktes 4 von Frau Abg. Schmidberger (GRÜNE) wird abgelehnt – mehrheitlich mit CDU und SPD gegen GRÜNE und LINKE bei Enthaltung AfD.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Vorab wurde folgende schriftliche Frage eingereicht:

– „Kürzlich hat das Unternehmen Creditreform sein Rating für die Signa Prime und Tochtergesellschaften ausgesetzt, kurz zuvor bestärkten Berichte über Milliardenverluste und deutliche Abwertungen des Signa-Immobilienportfolios erneut die Zweifel an der Solvenz des Unternehmens und laut Presseberichten sucht Signa auch für den Hermannplatz bereits Investoren und ein Teilverkauf steht im Raum - warum hält der Senat dennoch an der Zusammenarbeit mit Signa und seinen Tochtergesellschaften, insbesondere mit Blick auf die Bauvorhaben am Kurfürstendamm und Hermannplatz, fest?“
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Mündlich werden folgende Fragen gestellt:

Herr Abg. Laatsch (AfD) fragt den Senat,

– ob Alternativszenarien aus den Bezirken, dem ehemaligen Senat oder den am Vorgängersenat beteiligten Parteien für die Standorte von Signa vorlägen?

Herr Abg. Schenker (LINKE) erkundigt sich,

– ob der Senat den Bezirk Neukölln bei der Ausübung des Vorkaufsrechts für die Immobilien Weichselstraße 52 und Herrmannstraße 123 unterstütze?

Nachdem Herr Sen Gaebler (SBW) die Fragen und Nachfragen beantwortet hat, wird Punkt 1 der Tagesordnung abgeschlossen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Herr Sen Gaebler (SBW) berichtet (siehe Inhaltsprotokoll).

Im Anschluss wird Punkt 2 der Tagesordnung abgeschlossen.

Punkt 3 der Tagesordnung

a)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Abschlussbericht der Expertenkommission zum Volksentscheid „Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen“ und Ausblick auf das Vergesellschaftungsrahmengesetz** (auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)	0148 StadtWohn

b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs 0084
Bericht der Expertenkommission Vergesellschaftung zum Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ StadtWohn
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs 0086
Abschlussbericht und Ergebnisse der Expert*innenkommission zur Umsetzung des Volksentscheids Deutsche Wohnen & Co enteignen StadtWohn
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Anhörung

Die Mitglieder des Ausschusses verständigen sich einvernehmlich auf die Anfertigung eines Wortprotokolls.

Frau Abg. Aydin (SPD) und Herr Abg. Dr. Nas (CDU) begründen den Besprechungsbedarf zu Punkt 3 a) für die antragstellenden Fraktionen.

Herr Abg. Schenker (LINKE) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 3 b) für die antragstellende Fraktion.

Frau Abg. Schmidberger (GRÜNE) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 3 c) für die antragstellende Fraktion.

Es werden angehört und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder:

- Frau Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin
  Vorsitzende der Expertenkommission zum Volksentscheid „Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen“, Bundesministerin der Justiz a. D.

- Frau Maren Kern
  Vorstandsmitglied,
  BBU Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V.

- Herr Prof. Dr. Florian Rödl (M.A.)
  FU Berlin, Mitglied der Expertenkommission zum Volksentscheid „Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen“

- Frau Isabella Rogner
  Sprecherin der Initiative "Deutsche Wohnen & Co. enteignen"

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass Frau Prof. Däubler-Gmelin per Video- und Tonstream an der Anhörung teilnimmt. Sie stellt die Zustimmung aller Anwesenden bezüglich der Liveübertragung und weiteren Veröffentlichung der Aufnahmen fest.

Nach der Aussprache, in deren Rahmen auch Herr Sen Gaebler (SBW) Stellung nimmt und Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, kommt der Ausschuss einvernehmlich überein, die Punkte 3 a) bis 3 c) der Tagesordnung zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich die Verlängerung der Sitzung bis 13:00 Uhr.

Punkt 4 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1042 **Zweites Gesetz zur Änderung des Wohnraumgesetzes Berlin**	0145 StadtWohn

Herr Sen Gaebler (SBW) erläutert die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1042.

Der Antrag des Herrn Abg. Laatsch (AfD) auf Vertagung des Tagesordnungspunktes 4 wird abgelehnt – mehrheitlich mit CDU und SPD gegen AfD bei Enthaltung GRÜNE und LINKE.

Die Vorsitzende weist den Ausschuss darauf hin, dass zu der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1042 zwei Änderungsanträge als Tischvorlage vorliegen:

- Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Anlage 1)

- Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD (Anlage 2).

Frau Abg. Schmidberger (GRÜNE) begründet den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und tritt sogleich in die Aussprache ein.

Die Koalitionsfraktionen verzichten auf eine Begründung ihres Änderungsantrages.

Herr Abg. Wiedenhaupt (AfD) stellt einen Antrag auf Ende der Sitzung.

Frau Abg. Aydin (SPD) stellt einen Antrag auf Ende der Aussprache. Die Vorsitzende weist den Antrag mit der Begründung zurück, dass zuvor alle Fraktionen die Gelegenheit bekommen haben müssen, sich zu Wort zu melden. Die Fraktion Die Linke steht noch auf der Redeliste.

Nach dem Redebeitrag von der Fraktion Die Linke wird nach Abstimmung der Antrag auf Ende der Aussprache angenommen – mehrheitlich mit CDU und SPD gegen GRÜNE und LINKE bei Nichtteilnahme AfD.

Der Ausschuss beschließt die Verlängerung der Sitzung um fünf Minuten – mit CDU und SPD gegen GRÜNE und LINKE bei Nichtteilnahme AfD.

Die Mitglieder des Ausschusses verständigen sich einvernehmlich auf die Anfertigung eines Wortprotokolls.

Auf Antrag von Frau Abg. Schmidberger (GRÜNE) wird die Durchführung der Einzelabstimmung des Gesetzes beschlossen.

Nach der Aussprache beschließt der Ausschuss wie folgt:

Artikel 1 Nummer 2 des Gesetzes:

Einstimmig angenommen mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE bei Nichtteilnahme AfD.

Artikel 1 Nummer 3 und Nummer 4 des Gesetzes:

Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1042 – wird abgelehnt.

(mehrheitlich mit CDU und SPD gegen LINKE und GRÜNE bei Nichtteilnahme AfD)

Der Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD zu der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1042 – wird angenommen.

(mehrheitlich mit CDU und SPD gegen GRÜNE und LINKE bei Nichtteilnahme AfD)

Artikel 1 Nummer 5 des Gesetzes:

Einstimmig angenommen mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE bei Nichtteilnahme AfD.

Artikel 2 des Gesetzes:

Einstimmig angenommen mit CDU und SPD bei Enthaltung GRÜNE und LINKE und Nichtteilnahme AfD.

Artikel 1 Nummer 1 des Gesetzes:

Einstimmig angenommen mit CDU und SPD bei Enthaltung GRÜNE und LINKE und Nichtteilnahme AfD.

Schlussabstimmung:

Die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1042 – wird mit den soeben beschlossenen Änderungen angenommen.

(mehrheitlich mit CDU und SPD gegen GRÜNE und LINKE bei Nichtteilnahme AfD)

Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Die nächste (23.) Sitzung findet am Montag, 11. September 2023, um 9.00 Uhr statt.

Die Vorsitzende	Der Schriftführer
Elif Eralp	Mathias Schulz

Änderungsantrag 28.08.2023
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zur Vorlage – zur Beschlussfassung –

Zweites Gesetz zur Änderung des Wohnraumgesetzes Berlin 19/1042

§ 1a Verpflichtungsmiete“ und §1b „Bußgeldvorschriften“ werden gestrichen.
§ 1c „Mieterhöhungsverfahren“ wird zu § 1a

Begründung:
erfolgt mündlich.

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zur Drucksache 19/1042 „Zweites Gesetz zur Änderung des Wohnraumgesetzes Berlin“

Die Drucksache 19/1042 „Zweites Gesetz zur Änderung des Wohnraumgesetzes Berlin“ soll wie folgt geändert werden:

1. Der unter Punkt 4 neu eingefügte § 1 b Absatz 3 wird wie folgt neu gefasst:

„Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße pro Wohneinheit bis zu fünfundzwanzigtausend Euro geahndet werden.“